

## Editorial

Liebe Mitglieder, liebe Interessierte,

nun hat die Landesregierung mit dem Flüchtlingsgipfel die Aufnahme von Flüchtlingen endlich zu einem Schwerpunktthema auf die Agenda gesetzt. Schon lange war deutlich geworden, dass das Nadelöhr der Erstaufnahme mit der LEA in Karlsruhe an die Grenzen der Kapazitäten gestoßen war. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist bereits seit drei Jahren nicht mehr in der Lage die Asylverfahren im Rahmen der Erstaufnahme durchzuführen. Flüchtlinge warten Wochen und Monate lang auf ihre Anhörung, manche gar weit länger als ein Jahr. Bereits seit Herbst 2012 sind die Unterbringungskapazitäten durch neun Außenstellen in Karlsruhe und Mannheim provisorisch aufgestockt worden. Diesen Sommer ging in Karlsruhe alles drunter und drüber: Flüchtlinge wurden ohne förmliche Asylantragstellung verteilt, Notunterkünfte wurden in Industriebrachen und Veranstaltungshallen eingerichtet und wieder geschlossen, die Versorgung der Flüchtlinge war nicht mehr gewährleistet. Über Wochen hinweg herrschten chaotische Zustände. Ehrenamtliches Engagement und eine überwältigende Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung organisierten das, was eigentlich Aufgabe des Staates ist: Versorgung mit Babynahrung, Windeln, Hygieneartikeln, Kleidung, Medikamenten, Obst und ab und zu eine warme Mahlzeit für Flüchtlinge, die in Notunterkünften auf ihre Registrierung warten mussten und teilweise über Wochen hinweg mit Kaltverpflegung abgespeist wurden.

So viele Flüchtlinge wie noch nie registrierte UNHCR bereits Ende 2013. Seither haben sich die Krisen zuge-spitzt, Millionen Menschen aus den Krisengebieten Syrien, Palästina und dem Nordirak suchen Zuflucht. Ita-lien hat durch seine Seenotrettungsoperation Mare Nostrum ca. 150.000 Menschen sicher an Land gebracht, viele von ihnen konnten unregistriert nach Norden weiterreisen, das ungerechte Verteilsystem Dublin III ist ins Wanken geraten und deutsche Politiker mahnen plötzlich eine gerechtere Verteilung von Flüchtlingen in-nerhalb der EU an. Das ist genauso unerträglich wie die Forderung von Volker Kauder im Frühstücksfernsehen, angesichts der von IS-Truppen umzingelten Jesiden im Nordirak, jetzt dem Gesetz zu den „Sicheren Herkunfts-staaten“ zustimmen zu müssen, damit es Platz für die jesidischen Flüchtlinge gäbe.

Die Baden-Württembergische Landesregierung hat diesem Druck, dem Druck der Landkreise und dem Druck in den eigenen Reihen nicht stand gehalten und die Verabschiedung dieses Gesetzes ermöglicht, wohl wis-send, dass Flüchtlinge aus Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien nach wie vor einen Asylantrag stellen können, der auch geprüft werden muss. Was schon behördliche Praxis war, nämlich die Anträge als „offensichtlich unbegründet“ abzulehnen, ist jetzt gesetzlich legitimiert. In der Öffentlichkeit hat damit die Gruppe von Flüchtlingen, die ohnehin stigmatisiert wird, den gesetzlichen Stempel, zu Unrecht hier zu sein. Wir haben große Sorge, dass damit antiziganistischen Vorbehalten in der Bevölkerung Vorschub geleistet wird. Kann dies durch Verbesserungen beim Arbeitsmarktzugang, bei der Residenzpflicht und Wohnsitzaufla-ge legitimiert werden?

Nach dem Gipfel gibt es viel zu tun. Es darf nicht bei diesem symbolischen Akt bleiben. Das 30 Millionen starke Sonderbauprogramm muss an Wohnungs-Unterbringungskonzepte gekoppelt werden, die Sprachför-derung von Flüchtlingen muss intensiviert werden, Geduldeten muss in Baden-Württemberg endlich eine echte Aufenthaltsperspektive gegeben und ehrenamtliches Engagement muss finanziell unterstützt werden.

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg will sich intensiv für eine Willkommenskultur für Flüchtlinge einset-zen, wir wollen verstärkt neue Initiativen durch Begleitung und Schulung unterstützen. Dafür benötigen wir mehr finanzielle Unterstützung vom Land, damit wir durch Aufstockung der Geschäftsstelle das ehrenamtli-che Engagement nachhaltig begleiten können.

Bedanken möchte ich mich bei allen, die Flüchtlinge durch ihr solidarisches Engagement in Baden-Württem-berg unterstützen.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und weiterhin viel Kraft für Ihr Engagement vor Ort

Ihre Angelika von Loeper

**Die Autorin:**  
Angelika von  
Loeper ist 1.  
Vorsitzende des  
Flüchtlingsrats  
BW und Mitglied  
in der Bundes-  
arbeitsgemein-  
schaft PRO ASYL